

Migration und Entwicklung auf kommunaler Ebene

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) der Engagement Global gGmbH arbeitet seit 2007 mit migrantischen Organisationen zusammen und stärkt ihre Kooperation mit Kommunalverwaltungen im Bereich der Entwicklungspolitik. Im Folgenden werden der Mehrwert dieser Kooperation sowie mögliche Wege dorthin skizziert.¹

Das entwicklungspolitische Engagement in Kommunen hängt stark von der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürgern ab. Dabei sind viele Menschen mit Migrationserfahrung Multiplikatoren für entwicklungspolitische Themen und Experten für ihre Herkunftsregionen – etwa in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit, als Berater und Vermittler im Rahmen von kommunalen Partnerschaften mit dem Süden oder bei der interkulturellen Öffnung der Verwaltung. Ihre Einbindung erhöht die Qualität der Maßnahmen und Projekte. Somit rückt die Zusammenarbeit von Kommunen und migrantischen Organisationen für eine global nachhaltige Entwicklung in den Vordergrund.

Durch gemeinsame Ziele steigt das interkulturelle Verständnis aller Beteiligten, so dass sich die Zusammenarbeit nebenbei auch positiv auf die Integration auswirkt. Die Anerkennung des entwicklungspolitischen Engagements von Migrantinnen und Migranten fördert zudem ein positives Image der Kommune, was einen starken Einfluss auf das Investitionsklima und die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes für internationale Fach- und Führungskräfte hat.

Aktuell lässt sich das Thema Flucht mit seinen globalen Ursachen und den ganz praktischen Auswirkungen in den Kommunen vor Ort als ein mögliches Themenfeld der kommunalen Entwicklungspolitik identifizieren. In diesem Zusammenhang ist zu prüfen, inwieweit migrantische Organisationen etwa als Bindeglied zwischen Flüchtlingen und Kommunalverwaltungen oder als Träger relevanter Informationen hinsichtlich des Empowerments von Flüchtlingen fungieren wollen und können.

¹ Die folgenden Inhalte basieren größtenteils auf den Ergebnissen des Praxisleitfadens Migration und Entwicklung auf lokaler Ebene. Mehr Informationen unter: http://www.service-eine-welt.de/images/text_material-3941.img

Rahmenbedingungen in der Kommune müssen berücksichtigt werden

Bevor eine Vernetzung von migrantischen Organisationen und Kommunalverwaltungen im Bereich der kommunalen Entwicklungspolitik von der Kommune gezielt befördert werden kann, empfiehlt es sich, die Rahmenbedingungen genauer zu betrachten.

Zunächst ist zu beachten, dass der Vernetzungsgrad der migrantischen Organisationen sehr unterschiedlich sein kann. In einigen Kommunen sind sie über eine Integrationsagentur, eine/n Integrationsbeauftragte/n oder ein Forum für Migrantinnen und Migranten sehr gut vernetzt. In anderen Kommunen arbeiten sie eher parallel nebeneinander. Dies kann unter anderem damit zusammenhängen, dass migrantische Organisationen in einer Kommune unterschiedliche entwicklungspolitische, religiöse oder soziale Interessen und Schwerpunkt haben. Darüber hinaus ist der Organisationsgrad wie bei allen zivilgesellschaftlichen Organisationen sehr unterschiedlich ausgeprägt. So gibt es Gruppen, die aufgrund geringerer Ressourcen kleinere Projekte umsetzen und damit im Hintergrund bleiben oder Akteure die stark sichtbar sind und den entwicklungspolitischen Diskurs bestimmen. Auch die Annahme der einzelnen Akteure, sie stünden hinsichtlich der öffentlichen Wahrnehmung und dem Zugang zu Spenden- und Fördergeldern in Konkurrenz zueinander, kann die Motivation zur Zusammenarbeit im Vorfeld beeinträchtigen.

In der Kommunalverwaltung wiederum gibt es verschiedene Fachbereiche, z. B. Integration, Internationales, Agenda 21, die das Themenfeld Migration und Entwicklung berühren. Selten sind diese inhaltlich vernetzt und dezernats- oder ämterübergreifende Kooperationen finden meistens nicht statt. Wie die zivilgesellschaftlichen Akteure sehen sich diese Fachstellen oftmals einem Mangel an personellen und finanziellen Ressourcen ausgesetzt. Im Vorfeld einer Vernetzung mit migrantischen Akteuren bedarf es hier einer internen Abstimmung über die Zuständigkeit beziehungsweise der Koordinierung der Arbeit.

Handlungsempfehlungen für eine Zusammenarbeit

Grundsätzlich kann der Impuls der Zusammenarbeit aus der Kommunalverwaltung oder von den migrantischen Organisationen ausgehen. Um die kommunale Entwicklungspolitik und somit auch das Thema Migration und Entwicklung verbindlich zu machen, bietet es sich seitens der Kommune an, einen Ratsbeschluss herbeizuführen, der möglichst fraktionsübergreifend gefasst werden sollte. Mit diesem politischen Auftrag entsteht eine Grundlage zur Umsetzung und die beteiligten Akteure der unterschiedlichen Ressorts innerhalb der Verwaltung haben eine stabile Ausgangsbasis für ihre Aktivitäten. Der Beschluss bündelt die Aktivitäten der Kommune und schafft Klarheit für die Akteure der Zivilgesellschaft. Eine Kooperation mit migrantischen Organisationen kann dadurch verbindlicher initiiert werden. Gleichzeitig erfährt das ehrenamtliche Engagement eine Wertschätzung. Je breiter die politische Grundlage des Beschlusses ist, desto höher stehen die Chancen einer langfristigen und wirksamen Entwicklungspolitik.

Sollte diese politische Grundlage zunächst nicht erreicht werden, kann die Initiative aus einer kommunalen Verwaltungsstelle kommen. Dies hat zumindest den Vorteil, dass auf bestimmte Ressourcen wie personelle Anlaufstellen oder Räumlichkeiten für den Vernetzungsprozess

zurückgegriffen werden kann. Zudem ist davon auszugehen, dass die entsprechende Stelle bereits über ein Kontaktnetzwerk verfügt, was den Zugang zu den migrantischen Organisationen erleichtert.

Aber auch Migrantinnen und Migranten als Einzelpersonen oder ihre Organisationen können die Initiative ergreifen und auf die Kommunalverwaltung zugehen. Das Positive daran ist, dass zunächst unabhängig von Politik und Verwaltung Ideen und Vorhaben diskutiert werden können. Dabei bietet es sich an, bereits bestehende Kontakte, etwa zu migrantischen Dachorganisationen, zu nutzen. Konkrete entwicklungspolitische Interessen und Inhalte können in einem nächsten Schritt direkt an die Verwaltung herangetragen werden. Wo dies möglich ist, sollten sich zivilgesellschaftliche Akteure, die entwicklungspolitisch engagiert sind, in einem Initiativkreis zusammenschließen, um dann den Kontakt zu den verantwortlichen Stellen der Kommunalverwaltung zu suchen.

Unabhängig davon, ob die Initiative für eine engere Zusammenarbeit von den migrantischen Akteuren oder der Kommune ausgeht, kommt der Zeitpunkt des Kennenlernens und des Austauschs. Bevor ein solcher Dialog- und Vernetzungsprozess begonnen wird, empfiehlt es sich, eine systematische Bestandsaufnahme² der entwicklungspolitischen Akteure in einer Kommune durchzuführen. Dadurch werden auch migrantische Akteure erfasst, die in der lokalen Öffentlichkeit weniger präsent sind, aber ein großes Interesse an einer Zusammenarbeit mit entwicklungspolitischer Ausrichtung haben. Dies kann neben den klassischen Organisationstypen z. B. die Kontaktaufnahme zu Studierenden aus den Ländern des Globalen Südens oder Flüchtlingsgruppen beinhalten.

Wie ein erstes Zusammentreffen sowie folgende Schritte methodisch gestaltet werden können, hängt von den beschriebenen Rahmenbedingungen ab. Eine professionelle Moderation des Gesamtprozesses sowie der einzelnen Veranstaltungen muss daher gewährleistet sein. Um keine falschen Erwartungen zu wecken, sollte zu Beginn des Dialogprozesses die Frage nach gemeinsamen entwicklungspolitischen Interessen und Zielen in den Mittelpunkt gestellt werden. Gerade unter migrantischen Organisationen sollte zum Beispiel geklärt werden, ob es nur um die Länder des Globalen Südens geht oder auch Inhalte z. B. aus Osteuropa oder der Türkei behandelt werden können.

Unabdingbar für den Gesamtprozess ist die Identifizierung von Schlüsselpersonen („Kümmerer“), sowohl von den migrantischen Organisationen als auch aus der Kommunalverwaltung, die Verantwortung übernehmen und die Planung und Durchführung des Prozesses vorantreiben. Zumeist treten diese Personen mit ihren unterschiedlichen Fähigkeiten automatisch in den Vordergrund.

Die Kommune kann jedoch bei Bedarf Qualifizierungsangebote unterbreiten, die für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung und für Vertreterinnen und Vertreter von migrantischen Organisationen einen Mehrwert in der Zusammenarbeit bringen können. Hierzu

² Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt / Engagement Global gGmbH bietet finanzielle und beratende Unterstützung für Bestandsaufnahmen im Bereich Migration und Entwicklung auf kommunaler Ebene an. Mehr Informationen unter: <http://www.service-eine-welt.de/migration/migration-start.html>

zählen zum Beispiel Seminare zur interkulturellen Öffnung der Behörde, zur Antragsstellung für Drittmittel oder im Projektmanagement.

Flucht als „neues“ Thema der kommunalen Entwicklungspolitik

Das Thema Flucht mit seinen globalen Ursachen und den ganz praktischen Auswirkungen vor Ort in den Kommunen beschäftigt viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kommunalverwaltung sowohl gedanklich als auch zeitlich in erheblichem Maße. Dabei geht es zum einen um die Frage der praktischen Unterbringung und Versorgung – ein klassisches Thema der Verwaltung und der Integration. Zum anderen aber geht es um die Akzeptanz und das Verständnis für das Thema Flucht in der Bürgerschaft vor Ort. Dieses Thema ist keinesfalls allein eine Frage der Integration. Es geht darum, sich mit Fluchtursachen, Fluchtgründen und der Situation in den Heimatländern der Flüchtlinge auseinander zu setzen. Dies ist ein Thema der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit und des Globalen Lernens. Gleichzeitig verfügen viele Flüchtlinge über Fähigkeiten, die sie in die kommunale Entwicklungspolitik einbringen könnten.

Inwieweit eine Partizipation von Flüchtlingen in der kommunalen Entwicklungspolitik möglich ist, muss sich noch zeigen. Eine Grundvoraussetzung dafür ist in jedem Fall das Kennenlernen und die gegenseitige Akzeptanz aller Akteure sowie die Teilhabe am alltäglichen Leben seitens der Flüchtlinge. Die Schaffung von Begegnungsorten oder ein verbesserter Zugang zu Freizeitaktivitäten für Flüchtlinge sind denkbare Maßnahmen, die von der Kommunalverwaltung initiiert werden könnten. Im Bereich der kommunalen Entwicklungspolitik würde es sich anbieten, die Erfahrungen der Flüchtlinge für die Bildungsarbeit sowie im Rahmen von Kommunalpartnerschaften zu nutzen oder ihnen Praktika in den entsprechenden Verwaltungsstellen zu ermöglichen. Die rechtlichen Voraussetzungen dafür sind jedoch in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich.

Generell kann eine stärkere Akzentuierung des Themas Flüchtlinge und Flucht dazu führen, dass Flüchtlinge sichtbarer werden und dass die Beziehungen zwischen etablierten migrantischen Organisationen und Flüchtlingen oder Flüchtlingsselbstorganisationen stärker auf Austausch angelegt werden. Flüchtlinge wissen oftmals nichts von der Existenz von migrantischen Organisationen aus ihren Herkunftsländern. Zwar existieren häufig gerade in Ballungszentren Listen oder Verzeichnisse von Organisationen, aber diese erreichen die Flüchtlinge meist nicht. Auch hier könnte die Kommunalverwaltung positiv wirken und den Informationsfluss in beide Richtungen unterstützen.

Migrantische Organisationen besitzen theoretisch das Potenzial als Wissensträger zugunsten der Flüchtlinge zu agieren. Jedoch sollte ihre Rolle nicht überhöhten Ansprüchen unterliegen. Auch migrantische Organisationen sind nicht per se optimal aufgestellt hinsichtlich des Empowerments von Flüchtlingen oder als Sprecher ihrer Interessen. Hier bestehen oft wenige Kontakte und Kenntnisse, manchmal auch ein geringes Interesse an der Situation von Flüchtlingen oder auch die Befürchtung, dass eine schon erreichte gesellschaftliche Anerkennung gefährdet sei, würde man sich zu sehr mit Flüchtlingen solidarisieren. Wie bereits erwähnt, müssen die Rahmenbedingungen auch in diesem Bereich sorgfältig betrachtet werden.

Fazit

Der Dialog zwischen den unterschiedlichen Akteuren in einer Kommune trägt dazu bei, globale Zusammenhänge zu verdeutlichen und ihren Einfluss auf den einzelnen Menschen und zugleich Einflussmöglichkeiten und Handlungsoptionen aufzuzeigen. Dadurch wird das gemeinsame entwicklungspolitische Engagement gestärkt. Die Rahmenbedingungen dafür sind unterschiedlich und werden durch Faktoren wie Größe, geographische Lage und demographische Zusammensetzung einer Kommune bestimmt. Migrantische Akteure, sei es im Ehrenamt oder im Beruf, geben wichtige Impulse zur Weiterentwicklung der kommunalen Entwicklungspolitik. Durch die Zusammenarbeit mit Verwaltung und Politik wird ihre Rolle anerkannt und gewürdigt.

Autor:

Kevin Borchers ist Projektleiter im Bereich Migration und Entwicklung auf kommunaler Ebene bei der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt der Engagement Global gGmbH.

Kontakt: Kevin.Borchers@engagement-global.de

Weitere Informationen: <http://www.service-eine-welt.de>

Redaktion:

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

- Geschäftsstelle -

Michaelkirchstr. 17-18

10179 Berlin-Mitte

+49 (0) 30 6 29 80-11 5

newsletter(at)b-b-e.de

www.b-b-e.de